

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 9 (1895)

123 (29.5.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-253310](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-253310)

Norddeutsches Volksblatt.

607

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inserate: die vierspaltige Seite
10 g, bei Wiederholungen Rabatt.
Postzeitungliste Nr. 5059.

Organ für Vertretung
der Interessen des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Abonnement
bei Vorausbezahlung frei ins Haus:
vierteljährlich 2,10 M
für 2 Monate 1,40 „
für 1 Monat 0,70 „
ergl. Postbefehlsgeld.

Nr. 123.

Bant, Mittwoch den 29. Mai 1895.

9. Jahrgang.

Das Ergebnis der Reichstagsession.

Die letzte der 99 Sitzungen, welche der Reichstag in der nunmehr abgeschlossenen Session gehabt hat, brachte noch einmal die charakteristischen Merkmale der Situation zum Ausdruck, welche ihn während der ganzen Dauer der Tagung beherrschte. Der Sturm der allgemeinen Unzufriedenheit, der über Deutschland dahinjog, hat den Reichstag notwendig in seinen Mann stellen müssen; in ihm mußte diese Unzufriedenheit zum schärfsten Ausdruck kommen. Das ist denn auch geschehen. Während aber naturgemäß die Regierung es sich hätte zur Aufgabe machen müssen, die Unzufriedenheit, die sie zu verschlingen droht, zu befähigen und zu beschwichtigen, haben die Männer, die heute im Reich und in Preußen das Ruder führen, ihr Möglichstes gethan, noch Del in die hellauflodernden Flammen der Zwietracht zu gießen. Ihre Beschwichtigungsversuche richteten sich nur nach der einen Seite, dorthin wo die lautesten Schreier saßen, die Leute, die das Schreien zum agitatorischen Sport ausgebildet haben, die Agrarier. Ihre nimmer müden Schreihäute hat man durch eine Auflage von Liebesgaben, in Gestalt von Jucker- und Brantweinpremiaturen, zum Beruhigen zu bringen versucht. Aber der Versuch ist schmächtig mißglückt, wie die Agitationsrede, die Graf Kanitz in der Schlussitzung zum Fenster hinausschleuderte, klarlich bewiesen hat. Je mehr die Herren mit Liebesgaben aus den Taschen des Volkes gestüttet werden, desto schneller wächst ihr Appetit. Und bündig erklären sie, den Krieg gegen die Regierung fortsetzen zu wollen, weil ihnen die Zahl der Millionen, die man ihnen in die Taschen gesteckt hat, nicht genügt. Obwohl sie die Einigen sind, die aus der parlamentarischen Arbeit der verflochtenen Session ein positives Ergebnis heimbringen, überschütteten gerade sie am Schluss die Regierung mit Vorwürfen.

Das ist das Kennzeichnende der jetzigen Verhältnisse. Graf Caprivi, der Mann ohne Kr und Halm, mußte dem Vohren und Drängen der Junker weichen, weil er zu ehrlich und anständig war, den Junkern seine Hand zu neuen Raubzügen auf den Steuerfäden zu leihen. Und als jetzt die abgelaufene Session unter der Regide eines neuen Reichstags und eines neuen Volksministers begann, da saßen die Junker den Himmel voller Vohseigen hängen und glaubten, das nunmehr der Zeitpunkt gekommen, wo die Millionen ihnen gleich zu Hunderten in den Schoß regnen würden.

Und nun ziehen sie heim und bringen als Beute nur so ein Dutzend Millionen mit. Kinderpiel! Solche „Kleinigkeiten“ können den Rohl der Junker nicht mehr fett machen. Großdenk wälzen sie die Schuld darum auf die Schulter der Regierung. Mit Unrecht. An dem guten Willen der Röhler, Hammerstein, Miquel usw., nach dieser Richtung

Wohlthaten zu spenden, hat es sicher nicht gefehlt. Aber den Agrariern bis an die Grenzen ihres Wankens entgegenzukommen, hinderte sie die Furcht vor den Konsequenzen. Das verbot das Selbsterhaltungsinteresse des feudal-kapitalistischen Staates. Der Antrag Kanitz erfuhr deshalb eine so kategorische Abweisung, weil seine Durchführung die kapitalistische Natur des Staates in Frage gestellt hätte. Das konnten selbst die Minister von so ausgeprägt agrarischer Richtung, wie sie um den Fürsten Hohenlohe versammelt sind, nicht auf ihre Kasse nehmen.

Wenn also die Regierung den Agrariern nicht weiter entgegenkam, so lag das nicht am Willen, sondern am Können. Die Macht der Verhältnisse war stärker als sie. Uebrigens würde es auch ein eigenartiges Schauspiel gewesen sein, wenn dieselbe Regierung, die mit der Umkurvorlage ausjog, den Sozialismus zu vernichten, dem Antrag Kanitz zugestimmt hätte, der in allen nichtagrarischen bürgerlichen Kreisen als „sozialistisch“ verurteilt war. Und das sein Grundgebanke einen Stich ins Sozialistische — wenn auch nicht ins Sozialdemokratische — hat, läßt sich ja nicht bestreiten. Die Abkehr war deshalb vom Standpunkt der Bekämpfung des „Umkurzes“, der die ganze Session dominierend beherrschte, wohl verständlich.

Haben die Minister somit bei der Abwehr des wirtschaftlichen Umkurzes, den die Junker planen, einermassen gezeigt, so kann man dasselbe nicht von ihrem Verhalten gegen den angeblichen „Umkurz“ von unten sagen. Sicher ist es auch nicht Absicht der Herren gewesen, dadurch, daß sie Del auf die Flammen schütteten, die Fehrsahrenheit und Zersplitterung der bürgerlichen Parteien, die Segensätze zwischen denselben zu vermehren. Die geradezu verblüffende Ungeschicklichkeit der Männer des neuesten Kurzes ist ein Ausfluß völligen Verkennens der tatsächlich obwaltenden Verhältnisse.

Sie alle sind Leute aus der alten Schule der Staatsmannschaft, die in dem Glauben leben, die alten Volkseigenmittel und Volkseigenpraktiken der vormärzlichen Zeit, die schon damals und erneut unter dem Sozialistengesetz unheilbar Schiffbruch gelitten haben, ließen sich noch immer mit Erfolg anwenden. Sie haben bisher nicht aus den total veränderten Verhältnissen zu lernen verstanden. Als das unvernünftige Umkurzgeheiß anhub, mit dem die Nationalliberalen nur ihrer Sehnsucht nach festerer Regelung der Arbeiterchaft im Interesse der kapitalistischen Ausbeuteri Ausdruck verliehen, das die Junker benutzten, um den unbekannten Grafen Caprivi zu Fall zu bringen, als dieser Zweck erreicht war, da glaubten die Röhler und Genossen, daß es nun ein Kinderpiel sei, der Reaktion die Bahnen zu öffnen. Sie meinten, daß es dazu nur eines recht ungenierten unverschämten Auftretens bedürfe und waren kurzfristig genug, ihre Angriffe sofort gegen die

Stelle zu richten, ohne welche sie ihre Absicht nicht erreichen konnten, gegen den Reichstag.

Es zeigt sich, daß Diplomaten nicht immer diplomatisch handeln, wenn höhere Einsprüche auf sie wirken. Die Umkurzaktion wurde so ungeschickt wie nur irgend möglich mit einem Angriff auf die Immunität der Reichstagsmitglieder eingeleitet. Der bekannte Fall Vohlschütz, bei dem versucht wurde, den verfassungsmäßigen Rechten der Reichstagsmitglieder auf dem Wege spitzfindiger juristischer Auslegung ein Ende zu machen, zeigte deutlich genug, wozu die Reaktion fähig ist. Er war gerade in dem Moment eine heilsame Warnung für Alle, die an der Umkurz, bekämpfung nicht gleich den ganzen Parlamentarismus drangeben wollten. Der erste Akt war daher eine eklatante Niederlage der Regierung, die alle Parteien gegen sich hatte mit Ausnahme der ausgesprochenen Reaktionäre der äußersten Rechten.

Dasselbe Resultat hatte die Umkurzvorlage selbst. Am Ende hatte die Regierung auch nicht eine Partei mehr auf ihrer Seite.

Nicht besser ging es mit den vorgeschlagenen Finanzgeheimen. Die Tabaksteuervorlage sank ohne Tränen vergießen ins Grab hinab; die Miquelsche Finanzreform, die den Einfluß der Einzelstaaten auf das Reich aufheben sollte, kam gar nicht mehr zur Verathung. Das hartnäckige Festhalten an so gemeingefährlichen, zerstörend wirkenden Steuerprojekten hat mit einem zweiten Fiasco geendet. Bedauern empfinden wir deshalb nicht. Und wir wollen wünschen, wenn Graf Poladomsky die Tabaksteuervorlage sollte eine dritte Auferstehung feiern lassen wollen, daß er dann noch entscheidender abblüht.

Wir bedauern auch nicht, daß von den eingebrachten Vorlagen so vieles in den Kommissionen festsitzen geblieben ist. Es wurde schon öfter darauf hingewiesen, daß der bürgerliche Parlamentarismus die Fähigkeit verloren hat zu einer gefunden, den Allgemeininteressen dienenden Gesetzgebung. Nur noch für allerlei reaktionäre Experimente, die dem Geist der Zeit in's Gesicht schlagen, finden sich Mehrheiten. Da kann man sich freuen, wenn recht wenig aus dem brodelnden Geysserfeld der widerstrebenden Interessen herauskommt. Die Kommission für die Gewerbenovelle war auf dem besten Wege, sehr ungenießbares Zeug zusammenzubrauen, das Niemanden genügt, aber überall als Hemmschuh gewirkt und unsere mißlichen landwirtschaftlichen Verhältnisse noch mehr verfahren hätte. Die Ruren à la Dr. Eisenhart sind heute, zumal auf sozialpolitischem Gebiete, sehr beliebt. Wenn das Volk von solchen Ruren verschont bleibt, so kann es froh sein.

Zu beklagen ist allenfalls die Nichterledigung der Justiznovelle, weil dadurch die lange ererbten Forderungen nach der Entschärfung unschuldig Verurtheilter und nach Wiedereinführung der Berufung wiederum auf die lange

Moderne Sklavenjäger.

Roman von D. Eiser.

83)

Rachdruck verboten.

„Ich kann es nicht ertragen, von Ihrer Seite zu gehen, Maloe“, flüsterte er. „Ich komme um in der Wüste des Lebens, wenn Sie mir nicht hilfsreich zur Seite stehen. Ich weiß, ich dürfte solche Worte nicht sprechen, aber die Sie vielleicht jähnen werden, aber einmal muß es ja doch gesagt werden, ich von Ihnen scheide, daß ich Sie liebe, Maloe, liebe mit der ganzen Kraft meines Herzens, das durch Sie besser, stärker und stolzer geworden ist. Dasen des Friedens, so heißt dieser Ort, wo ich Sie wiederfinden sollte! Ein Dasen des Friedens ist er mir geworden an Ihrer Seite, ein Dasen des Friedens würde mir für immer an Ihrer Seite wohnen, wollten Sie Ihr Leben mit mir theilen. O treiben Sie mich nicht wieder hinaus in den Kampf des Lebens, der Leidenschaften! Nicht fürchte ich den Kampf mit den Waffen in der Hand! Nicht fürchte ich den Kampf, den redlichen Kampf um des Lebens Unterhalt — aber ich scheue den Kampf mit jenen finsternen Gewalten, denen ich schon einmal erlag, ich scheue den Kampf mit jener Welt der Duselei, der Selbstgier, der Ueppigkeit, der Genußsucht und der Leidenschaft, die unser Herz umstrickt und uns schwach macht. Seien Sie mein guter Engel, Maloe, der schüßend im Kampf seinen Schild über mich hält und dessen Wort mich stark macht gegen die Dämonen jener Welt!“

„Könnte ich Ihnen ein solcher Schutzgeist sein?“ fragte Maloe mit leiser, darger Stimme, und zum ersten Mal leuchtete ihr Antlitz in verschämter, jungfräulicher Bluth, als Walter seinen Arm um ihre Gestalt schlang und sie anst auf seine Brust drückte.

„Maloe“, flüsterte er tief erregt, „meine theure Maloe,

willst Du mir vertrauen, willst Du mein liebes, theures Weib werden, willst Du mein Schutzgeist, mein Engel für das ganze Leben sein?“

Sie senkte das Haupt auf seine Brust, ergriß seine linke Hand, die noch immer schwach und traktlos in der Vinde ruhte, und preßte sie an ihre Lippen. Maloe, die stolze Maloe v. Waldenburg lächelte des Mannes Hand, den sie liebte! Jeder Stolz, jede Unnahbarkeit war von ihr abgefallen, sie war ein liebendes, hingebendes Weib, das Walter aufjauchend in seine Arme schloß.

Die Palmen rauschten, es brauste das Meer um den Dasen des Friedens, den Dasen des Glüdes, den die beiden vielgeprüften, aber tapferen Herzen gefunden.

Frau v. Waldenburg saß in ihrem Zimmer am Schreibtisch und blickte kummern, ersten Auges hinaus aus dem Fenster, auf die Bäume des Thiergartens, die der Frühling in das erste düstige grüne Gewand kleidete und welche vom nasskalten Duseinigen heftig hin und her geworfen wurden. Die Arbeit wollte heute nicht von Statten gehen. Immer wieder mußte sie an den Tag denken — gerade heute war es ein Jahr geworden —, da sie die Sklavenbande, welche sie an den eini so gewaltigen Journalisten, den „Doktor“ Griffhorn gefesselt, zerprengt hatte, da sie mit fester Entschlossenheit, aber auch kalten, misseidigen Herzens das „Freundschaftsband“ zerschneiden, nicht durch das Gefühl bewogen, daß diese „Freundschaft“ ihrer unwürdig, sondern der Gewissheit wegen, daß die Rolle Griffhorn's in der literarischen und politischen Welt ausgespielt, daß er ein verlorener Mann sei. Der Egoismus, der Selbsterhaltungstrieb hatte ihr die Energie gegeben, sich von der Herrschaft dieses modernen Sklavenjägers zu befreien. Nicht einmal der An-

blick des bewußtlos zusammengebrochenen Mannes hatte das Mitleid ihres harten Herzens gewedt. Kalt und vollkommen gefast, hatte sie die Befehle gegeben, den schwer Erkrankten in das zunächst gelegene Krankenhaus zu schaffen.

Auch an jenem Tage brauchte der Frühlingsturm durch die Straßen der Millionenstadt und laute in den Bäumen und Büschen des Thiergartens, die zu neuem Leben erwachten. „Frei! frei von den Banden des Winters!“ so schien es in den Röhren zu dröhnen, zu laufen, zu klingen und zu singen. „Frei — frei von den Banden einer unwürdigen Abhängigkeit!“ So sprach auch damals das Herz der stolzen Frau, welche zum ersten Mal ein Gefühl der Genugthuung empfand, hervorgerufen durch eine vornehmer Gekennung entsprungene That.

War ihr diese That zum Vortheil geworden? Heute, an dem Jahrestage jenes Ereignisses, zog sie die Bilanz des letzten Jahres, und mit Stolz konnte sie sich sagen, daß sie damals das Rechte gethan hatte.

Freilich hatte sie hart und schwer kämpfen müssen, bis sie sich durchgerungen, bis sie die Höhe der sittlichen Anschauung erreicht, welche allein dem Herzen Genugthuung, Frieden und Glück verleihen kann. Wenn sie damals vor einem Jahre voll Stolz gemeint hatte, ihr Name allein würde ihr in literarischer Beziehung den Weg bahnen, so sah sie sich doch arg enttäuscht, und sie mußte erkennen, daß ihre bisherigen Erfolge doch fast lediglich der schlaun Geschäftsführung Griffhorn's zu verdanken gewesen waren. Auch jetzt empfing man sie überall unvorfommend und artig; man nahm ihre Arbeiten höflich entgegen, man las sie, aber man legte jetzt einen anderen Maßstab an diese Arbeiten an.

(Fortsetzung folgt.)

Dank gekostet sind. Die Schuld trifft auch hier der reaktionäre Geist, der in der Regierung umhert. Derselbe hat die Novelle mit allerlei reaktionären Neuerungen bepackt, für welche jene vollständigen Forderungen als Vorwand dienen sollten.

Das positive Ergebnis der Reichstagsession ist somit nicht groß. Die Junker allein haben Nutzen davon. Aber niemand hat ein Recht, deshalb zu schmälen. Die Schuld liegt ebenso bei den Regierungen, wie bei den maßgebenden Parteien, die sich von ihrem engherzigen Klassenegoismus nicht lösen können und wollen. Ihren Ursprung hat die Leistungsfähigkeit der bürgerlichen Parteien in der Zerrüttung der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse, die ein notwendiges Ergebnis des Kapitalismus auf einem gewissen Höhepunkte seiner Entwicklung ist. Die Zerrüttung der bürgerlichen Parteien, in derselben Ursache begründet, hat sich nie so effektiv gezeigt, wie in der abgelaufenen Session. Auch der Edward-Entscheidungsrundel, der das Ziel verfolgte, die Parteien vor den Wogen der national-liberalen Hurra-Kolonie zu spannen, hat in seiner grotesken Scherlichkeit nur noch dazu beigetragen, den Wirrwarr zu vermehren.

So ist das Resultat der Session ein wesentlich negatives. Nur die agrarische Strömung hat sich stark genug erweisen, eine Mehrheit für neue Liebesgaben zu schaffen. Hier liegt auch die Gefahr für die Zukunft. Die Agrarier werden durch die kleinen Erfolge nur ermutigt, noch größeren zu streben. Sie geben den großen Raubzug für ihre Taten nicht auf. Sie werden, wie Graf Ramis zum Schluss antwortete, wiederkommen. Sie wissen aber auch, daß sie dabei das Volk gegen sich haben werden, sobald es zur Einsicht kommt. Darum wollen sie ihm kein Wahlrecht entziehen und sei es auf dem Wege des Staatsrechts. Die Niederlagen der Session haben die Reaktionäre nicht entmutigt, sondern nur ihren Grimm gegen das wichtige Volksrecht vermehrt. Geht es nicht durch das Volk, dann soll's gegen das Volk gehen.

Die Wähler mögen in der politisch stillen Zeit, die nun anbricht, diese Gefahr behändig im Auge behalten und sich rüsten, damit sie nicht überrumpelt werden.

Politische Rundschau.

Bant, den 28. Mai.

— Einen neuen Wunschzettel, der gleich drei Anträge enthält, haben die Agrarier im preussischen Herrenhaus abgegeben. Graf Kirchbach beantragt: „Die Stempelabgabe für ländliche Fideikommissstiftungen beträgt drei vom Hundert des Gesamtvermögens in Höhe des dreifachen Grundbesitzes-Reinertrages unter Abzug der Schulden.“ Zur Begründung wird bemerkt, der dreifache Grundbesitz-Reinertrag entspreche dem tatsächlichen Durchschnittswerte und sei schwankenden Schätzungen vorzuziehen. Daß die Schulden in Abzug gebracht werden, erfordert die Gerechtigkeit. Eine Ergänzung bildet der Antrag des Grafen zu Jann und Kniphausen: „Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, für die Bildung bürgerlicher Fideikommiss als Stempelabgabe eines vom Hundert festzusetzen.“ Zur Begründung des Antrages werden natürlich „sozialpolitische“ Rücksichten ins Feld geführt. Durch den Antrag solle der große Zweck, die Erhaltung des Grundbesitzes durch eine stärkere Gebundenheit herbeizuführen, gefördert werden. Nebenbei wird zugegeben, daß verschiedene Dörfer weder das Auerrecht noch die Eintragung der Höflichkeit populär wird und daß auch die Errichtung von Rentengütern oder Heimstätten überall nicht die Aussicht auf Verwirklichung finden wird, die man von diesen Einrichtungen erwartet habe. Endlich beantragt Graf von der Schulenburg-Verdenhorst, das Herrenhaus wolle nachstehende Resolution beschließen: „Im Interesse der Erhaltung des ländlichen Grundbesitzes ist es geboten, der reichend amwachsenden Bodenverschuldung Einhalt zu thun und auf eine allmähliche Schuldenentlastung Bedacht zu nehmen. Die römisch-rechtlichen Bestimmungen über Verschuldung, Teilbarkeit und Vererbung des Grund und Bodens sind durch einschränkende deutsch-rechtliche Vorschriften zu ersetzen. Als solche kommen in Betracht: die Einführung des Auerrechts in den Gegenden, wo es der Volksstimmung entspricht. Die Errichtung von Heimstätten, auf Grund des dem deutschen Reichstage vorgelegten Gesetzentwurfs. Die Ersetzung der ländlichen privaten Hypothek durch die seitens des Gläubigers unkündbare, binnen einer bestimmten Zeit zu amortisierende Institutshypothek.“ — Die Herren Junker arbeiten mit Dampf, um die Früchte der gegenwärtigen agrarischen Strömung einzufheimen.

— Die Begehrlichkeit der Agrarier wirkt ansehend auch auf andere Kreise. Wenn der Staat den Junkern immer neue Liebesgaben in den Schoß schüttet, warum nicht auch andere Erwerbszweige durch Staatsbeihilfe vor der Konkurrenz schützen und ihnen höhere Einnahmen verschaffen? Neue Forderungsbewilligungen war darum die Lösung auf einem „Tage“, den die preussischen Berufsvereine am Sonntag in Schleswig abhielten. Sie fordern nicht nur einen Zoll auf frische, geräuchernde und angelegene Fische, sondern auch noch im Interesse der Erhaltung und „Entwicklung der gesamten Fischerei“ eine Erhöhung des Zolles auf Salzheringe. Die Forderung eines neuen Fischzölles widerspricht nicht nur dem Interesse der Konsumenten, sondern auch dem Berufsinteresse der Händler und Fischhändler, immerhin würde dieser Zoll die breiteren Volkskreise treffen, während von der Erhöhung des Salzheringzölles nur die allerärmsten betroffen würden. Und was würden die preussischen Berufsvereine für einen Vorteil davon haben? Der Import gefalzener Fische würde nicht aufhören, höchstens würde der Verbrauch etwas kleiner werden, den Vorteil würden nicht die preussischen Fische, sondern

nur der Fiskus haben. Und doch soll nach der Schleswiger Resolution von der Erhöhung dieses Zölles die Erhaltung der gesamten Fischerei abhängen. Der Klassen-, Standes- und Berufsegoismus macht eben immer weitere Fortschritte. Die lächerliche, verurteilte Abwägung der Wirkungen der Einzelmaßregeln tritt dabei ganz in den Hintergrund.

— Bei der Reichstagswahl in Köln, die gestern stattfand, erhielt der Zentrumskandidat Greiff etwa 12500 Stimmen, der Sozialdemokrat Lütgenau 7800 Stimmen. Ein Bezirk steht noch aus. Greiff ist gewählt.

— Die Reichstags- und Wahlwahl im Wahlkreis Walder-Pymont ist auf den 9. Juni angesetzt worden. — Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht. Bis vor einigen Jahren übte der Magistrat von Nordhausen über die städtischen Schulen die Schulaufsicht selbst aus, bis sie ihm völlig und ohne jeden sichtbaren Anlaß der Stadt abnahm. Seitdem verwaltete der Superintendent das für ihn natürlich wenig angenehme Amt des städtischen Schullehrers. Aus Anlaß seines jetzt erfolgten Wegganges von dort nach auswärts wußten die städtischen Behörden die Zustimmung der Regierung zu einer Maßregel zu erlangen, die der geistlichen Schulaufsicht in der freistehenden Stadt ein für allemal ein Ende machen wird. Der Staat schickte einen weltlichen Kreisinspektors, dem alsdann die Stadt, gegen eine Entschädigung von jährlich 1500 Mk., das Decret über die städtischen Schulen nebstamtlich übertrug. Der Lehrerstand ist über diese Lösung der verumrührten Frage natürlich in erster Linie hoch erfreut. Denn er bekommt nun das, was so lange ein frommer Wunsch war, die Schulaufsicht durch einen Sachmann.

— Gegen eine Verschärfung der Disziplinargewalt der Kerkzellen, an der man sich in Kerkzellen entschließen vermehrt. Bekanntlich war diese Verschärfung in der Eingabe einer Deputation des preussischen Kerkzellen-Ausschusses, bestehend aus den Geheimräthen Dr. Graf und Dr. Ballhäuser, unter Hinweis auf die Gefahren der Sozialdemokratie verlangt worden. Jetzt ist diese Deputation mit ihrem Versuch der Verquickung ärztlicher Interessen mit politischen Dingen von dem preussischen Kerkzellen-Ausschuss selbst desavouiert worden. Man einigte sich in dem Ausschuss nach der Berliner Klinischen Wochenschrift dahin, die Angelegenheit durch die Annahme des folgenden Antrages zu erledigen: „Der Ausschuss erklärt: die Deputation hatte Auftrag zu einer mündlichen Verhandlung bei dem Minister; die Umstände machten eine schriftliche Eingabe notwendig, für deren Vorlaut die Deputation allein die Verantwortung trägt.“ Das ist zwar ein ziemlich zahmes Dekret der Herren Dr. Graf und Ballhäuser, aber immerhin ist es doch eines.

— Wie in den polnischen Gegenden „Germanisirt“ wird, zeigt folgende an die „Germania“ gerichtete Zuschrift aus Bromberg: Auf eine Annonce des „Gesellschafts“ in Graubünden, lautet: „In einer Kreisstadt der Regierungsbefehl Bromberg, an der Eisenbahn, mit Kerkzellen, ist Familienverhältnisse halber ein flüchtiges Kolonialwarengeschäft mit Schaaf, Kerkzellen und Grundrüd für 300000 Mk. sofort zu verkaufen. Bewerber belieben sich an H. Sch. in G. zu wenden.“ erhalte ich auf meine Bitte um eine ausführliche Offerte den Bescheid per Karte „Herrn F. X., Bromberg.“ In Beantwortung Ihrer werthen geistigen Zuschrift erwidere Ihnen, daß der Schaaf-Konsens von dem an denselben Orte wohnenden Landratsherrn nur an einen der evangelischen Religion Angehörigen vergeben wird. Ihrer Namensunterzeichnung (der Name ist polnisch) gemäß nehme ich an, daß Sie Katholik sind, und wäre es in diesem Falle zweifellos, wenn ich Ihnen etwas Näheres über das betreffende Geschäft mitteilte, indem bereits mehrere Botsen um die Erlangung der Konzession sich erfolglos erhoben haben. Garsen, den 16. Mai 1895. H. Schilling.“ Da die Gewerbeordnung aus keine Bestimmung enthält, wonach die Konzessionserteilung an ein bestimmtes Religionsbekenntnis gebunden werden kann, muß sie jedenfalls durch eine Novelle — die so und so viele! — in Uebereinstimmung mit der landständlichen Praxis gebracht werden. Denn daß ein Landratsherr angehalten würde, seine Praxis in Uebereinstimmung mit dem Gesetz zu bringen, ist in Preußen und namentlich im polnischen Preußen doch gewiß nicht zu verlangen. Dafür steht ein Landratsherr viel zu hoch!

Belgien.

Brüssel, 26. Mai. Die radikalen Deputierten Lorand, Pamburkin und Loury haben eine Gesetzesvorlage beantragt, wonach das Privilegium des Grundbesitzers auf Getreide auf dem Halme abgeschafft wird. Dieses Privilegium besteht darin, daß, wenn der Pächter bankrott wird, der Besitzer des Bodens auf das Getreide das Vorkauf hat. Die Klerikalen sind meist Gegner der Vorlage.

Brüssel, 26. Mai. Der belgische Staatsanzeiger, der „Moniteur belge“, veröffentlicht heute die bereits angekündigten Ernennungen des Barons zum Minister des Innern und Justiz, Schollaert zum Minister des Innern und Justiz zum Chef des neuorganisierten Ministeriums der öffentlichen Arbeiten.

Italien.

Rom, 27. Mai. Gestern fanden in Italien die Parlamentswahlen statt, die von der Cispadischen Regierung mit den schändlichsten Manipulationen vorbereitet wurden. Durch die schamlosen Kaufgeschäfte, Streichung zahlloser oppositionell gekannter Wähler aus den Listen, maßlose Bestechung durch Geld, Kerkzellenversprechungen hat man den Sinn der Wahlberechtigten hinsichtlich der Wahlarbeit, um von diesem Wahlrechtswahlkörper eine Bestätigung des bisherigen willkürlichen Regiments der großen Gauner zu erhalten. Die Resultate tragen denn auch den Stempel dieser Cispadischen Staatskunst. Das Resultat

in den Wahlbezirken von Rom ist folgendes: In ersten Wahlkreise wurde Raza (Opposition) gewählt, im zweiten Santini (ministeriell), im dritten Unterministerieller Bacelli mit 1677 Stimmen gegen Costa (Sozialist). Der 137. Stimmen erhielt; im vierten Wahlkreise wurde Ministerpräsident Crispi mit 934 Stimmen gewählt gegen De Felice, auf den 720 Stimmen fielen, im fünften Wahlkreise wurde Barzilai gewählt. In Spina wurde Ministerieller Morin, in Turin Brin gewählt. In Mailand wurden gewählt der Sozialist Barbato, ein Demokrat, ein regierungsfreundlich Gemäßigter. Drei Stichwahlen sind nötig. — Eine große ministerielle Wechsellage ist nach bis jetzt vorliegenden telegraphischen Nachrichten gesichert, es wird aber darauf ankommen, ob Crispi die Kraft haben wird, dieselbe zusammenzuhalten. Crispi ist in 7 Wahlkreisen gewählt. Die noch vorliegenden Telegramme aus Rom enthalten folgende Angaben über das Resultat der gestrigen Wahlen: Die Wahlergebnisse ergaben einen großen Sieg der Regierung. Von den 508 Wahlkreisen sind bisher aus 320 die Ergebnisse bekannt. Gewählt wurden 200 Ministerielle, 63 von der konstitutionellen Opposition, 28 Radikale, 8 Sozialisten und 7 Unabhängige; in 14 Wahlkreisen sind Stichwahlen erforderlich. Der Finanzminister wurde zwei Mal gewählt, ferner wurden gewählt der Schatzminister und die Ministersekretäre des Schatzes, der Posten, der öffentlichen Arbeiten und der Landwirtschaft. Unter den Gewählten befinden sich außerdem General Baratier, Dr. Rubini, Renotti Garibaldi, Bonghi, Janardelli, Imbricani und Zanani. Giolitti wurde in seinem Wahlkreise Donerò wiedergewählt. Garibaldi in Macenza und Cortesona. De Felice in Catania gewählt. Der Sozialist Bosco, der von dem Kriegsgericht aus Sykkien verurteilt war, wurde im 4. Wahlkreise von Palermo mit 884 Stimmen gegen den Ministerielleren Ragana gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug trotz der neuen Wahllisten noch nicht 50 Prozent. — Ein letztes Telegramm besagt: Von 508 Wahlkreisen sind 502 bekannt geworden, wonach amtlich gewählt sind: 321 Ministerielle, 148 Oppositionelle, darunter 15 Sozialisten, 16 sind noch unbestimmt. 17 Stichwahlen sind erforderlich. Die Resultate aus sechs Wahlkreisen sind noch ausstehend. Alle Minister und Staatssekretäre sind gewählt, mit Ausnahme wahrscheinlich des Unterstaatssekretärs der Marine, Serra. Crispi ist neun Mal gewählt worden.

Rom, 24. Mai. Der Barier „Figaro“ theilt aus den Papieren Giolittis den Vorlauf jahrelanger Schriftsätze mit, die angeblich dem Fünferauschuss der italienischen Kammer nicht vorgelegt haben sollen und aus denen hervorgeht, daß Crispi und Familie von der römischen und der Nationalbank zusammen 1331000 Franken und vom Bananenschnitler, Baron Reisch, für die Vereinerung des Mauritius- und Kasarstkreuzes an Cornelius Herz 50000 Franken erhalten haben.

Mexiko.

Mexiko, 25. Mai. Die Silberminenbesitzer der Ver. Staaten sammeln für die nächste Präsidentenwahl einen Fonds, der bereits die Höhe von 5 Millionen Dollars erreicht hat. Die Silberbarone haben Einkünfte auch in Europa, wo sie verhältnismäßig Bundesgenossen haben.

Parteinachrichten.

— Nach siebenmonatlicher Kerkhaft hat der Redakteur Max Jachau vom „Sozialdemokrat“ das Gefängnis verlassen. Er hat die „Strafe“ verdienstlich ertragen. Er hat die Sammelkassette und wegen Abdrucks eines anderen Blattes gegenüber Straßes geblieben liberalen Flugblattes aus dem Jahre 1848. Jachau hat im Gefängnis schwer gelitten. Er leidet als ein körperlich schlimm angegriffener Mann zu seiner Familie zurück, und vieler Wochen der Erholung wird es bedürfen, bis unser Genosse seine Gesundheit vollständig wieder gegeben ist.

Gewerkschaftliches.

— Auf das Ansuchen der Beauftragten einer Arbeiterversammlung in Göttingen hat die Bundesverwaltung des Schiller-Schiffahrtskassens verweigert, seine politischen, sondern einzelwirtschaftliche Arbeiter zu beschützen.

— Nach zweimonatlicher Dauer ist am 22. Mai der Ausbruch der Kerkhäuser in Solingen aufgehoben worden. Begleiter haben, der „Rhein. Volksz.“ zufolge, darauf verzichtet, daß einzelne Streitigkeiten vom Eingangsamt des Gewerkschafts geschlichtet werden sollen, und daren geteilt, daß in solchen Fällen eine sachliche Zusammenfassung Vergleichsamt in Tätigkeit tritt. Das neue Verordnungsamt dürfte die gegenseitigen guten Willen schon in einigen Tagen fertigstellen sein.

— Die Dacheckergewerkschaft in Mainz hat wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen in den Kerkhäuser eingetreten.

— Suizid von Maurern ist ferngehalten von Hiesburg und Leipzig.

— Suizid von Tischlern nach Witten in Ostpreußen ist ferngehalten, da dort eine Bewegung zur Einführung des Schrankens in Gange ist.

— Die Maurer Leipzigs haben in einer Bewegung um Erhöhung des Stundenlohns auf 45 Pf. und erufen deshalb um strenge Verhütung des Suizids.

— 180 Arbeiter befinden sich in Göttingen im Streik. Der Generalstreik droht auszubrechen. In sämtlichen Fabriken wurde den Arbeitern geteilt.

Aus Stadt und Land.

Bant, 28. Mai. Gestern Abend tagte in Drummonds Wirtshaus eine Gemeinderatsversammlung. In derselben wurde zunächst beschlossen, dem Käufer des Goldberges die Fähr, innerhalb welcher er denselben abtragen muß, zu verlängern und zwar bis zum 15. Juni. In Anknüpfung daran wurde die Anleihe zur Durchführung der Nordstraße auf dem Areal des Goldberges in zweiter Lesung genehmigt. Der nächste Punkt der Tagesordnung, betraf ein Gesuch der Schlichter Bant um einen Fußsack und die Genehmigung,

durch die Vertheilung der Wasserstraßen eine Abgrenzung legen zu dürfen. Der erbetene Zuschuß mußte aus gemeinrechtlichen Gründen abgelehnt werden, dagegen gab der Gemeinderath seine Zustimmung zur Legung des Rohrnetzes. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war ein Antrag des Gemeinderaths von Huppen, eine Kommission zu wählen, die mit Vertretern der Gemeinden Huppen und Reunde die Frage prüfen soll, ob es möglich ist, eine Wasserleitung für die genannten Gemeinden auf deren Kosten zu errichten unter Zugrundelegung des Theilungsfalles. Nach einer eingehenden langen Debatte wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Weiter beschäftigte den Gemeinderath wieder die Wasserstraße. Nachdem der Gemeinderath in seiner letzten Sitzung beschlossen, zum Bau der Straße eine Beihilfe von 1500 Mark den Interessenten bezw. den Anliegern zu gewähren, hat die Oldenburgische Spar- und Leihbank das Angebot gemacht, 1000 Mark beizusteuern, wenn die Gemeinde die Straße baut. Dieser Beitrag und der Zuschuß der Gemeinde sammt den gescheiterten Geldern einiger privaten Anlieger reichen aber noch nicht zur Deckung der Kosten des Baues, wie es denn auch dem Gemeinderath zweifelhaft erscheint, daß die gescheiterten Beiträge voll eintreffen, weshalb zu befürchten ist, daß die Ausführung der Straßenpflasterung wieder in's Stocken kommt. Um dies, soweit es in seiner Macht steht, zu verhindern, hat der Gemeinderath seinen Beschluß dahin geändert, daß die Pflasterung der Straße durch die Gemeinde ausgeführt werden soll. Diese übernimmt eine Vorbelastung von 1500 Mark, den Rest, ca. 3000 Mark, haben die Interessenten und Anlieger, die Oldenb. Spar- und Leihbank unbefristet, aufzubringen. Mit der Ausführung des Straßenbaues wird aber erst begonnen, wenn diese volle Summe vorhanden, bezw. die freiwilligen Beiträge der Privaten vorher eingezahlt oder sicher gestellt sind. Es wurden dann einige Gesuche von Witten um Niederlegung der Gemeindeforderungen genehmigt. Zum Schluß beschäftigte sich der Gemeinderath noch mit dem Rathhausbau und faßte den bemerkenswerthen Beschluß, daß die Restauration zunächst auf fünf Jahre zu verpachten sei.

Bant, 28. Mai. Heute Mittag wurde beim Reger Bahnübergang ein Kind im Alter von 4—5 Jahren von einer Lokomotive überfahren. Dem Kinde wurden beide Beine abgerissen und ist das unglückliche Kind noch am Leben. Jetzt wird hoffentlich die Bahnverwaltung den Brunnen zudecken, nachdem das Kind hineingefallen ist, d. h. sie wird bessere Barrieren und einen genügenden Wärterdienst einführen. Noch besser allerdings wäre, wenn sie durch eine Unterführung die Passage vom Geleise wegließe, denn diese ist geradezu den ganzen Tag durch Lebensgefahr.

Wilhelmshaven, 28. Mai. Invaliditäts- und Altersversicherung. Dieser wird nicht beachtet, daß Arbeitgeber, welche die fälligen Beitragssummen für die von ihnen beschäftigten Beschäftigten zwar beifügen, aber nicht in die Beitragskassen einbringen, sich strafbar machen. Zur Beachtung empfiehlt sich deshalb der nachstehende Fall: Ein Arbeiter hatte es unterlassen, für seine Dienstjahre bei der Lohnzahlung die vorgeschriebenen Beitragsmarken zu verwenden, und war infolge dessen von dem Vorstand einer Versicherungsanstalt auf Grund des § 143 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes in eine Ordnungsbüchse genommen worden. Er erhob gegen die Strafverfügung Beschwerde beim Reichsversicherungsamt mit dem Einwande, daß die erforderlichen Beitragsmarken in mehr als genügender Anzahl vorhanden gewesen seien. Das Reichsversicherungsamt wies jedoch die Beschwerde zurück und erklärte die Strafbescheidung als zu Recht erfolgt, weil der von Strafen erhobene Einwand nicht geeignet sei, die klagende Ordnungsbüchse zu entschuldigen, da die Beitragsmarken bestimmungsgemäß bei der jedesmaligen Lohnzahlung hätten eingeleitet werden müssen. Nach einer anderen Strafbüchse ist von allgemeinem Interesse: Ein Arbeiter hatte aus der bei ihm zurückgelassenen Beitragskarte seiner früheren Dienstjahre 12 Beitragsmarken losgerissen und in die Beitragskassen eines anderen Dienstwärters bei der Lohnzahlung eingeleitet. Von der Strafkammer des zuständigen Landgerichts ist derselbe deshalb wegen Vergehens gegen § 154 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu einer Geldstrafe von 50 Mk. an deren Stelle in Nichtverurteilung eine Gefängnisstrafe von 5 Tagen tritt, und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt worden. Man merke sich aus diesem Vorcommis die Lehre: Einmal benutzte Beitragsmarken dürfen unter keinen Umständen wieder verwendet werden.

Wilhelmshaven, 26. Mai. (Von der Marine.) Nach einer an das Oberkommando der Marine gelangten telegraphischen Meldung ist das Schulschiff „Greifswald“. Kommandant Korvettenkapitän da Fonseca-Wellheim, am 24. Mai in Holzmünde angekommen und beabsichtigt, am 27. Mai nach Wilhelmshaven in See zu gehen. Das Kanonenboot „Pyra“ ist am 25. Mai in San Carlos de Boanda angekommen und beabsichtigt, am 29. Mai nach Roskammer in See zu gehen.

Jever, 28. Mai. Der Amterath Jeverlands war

gestern im Gasthause „Zum Erbgroßherzog“ hier zu einer Sitzung zusammen und hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Nach Feststellung der Präsenzliste wurde der Abg. Kösting zu Bantecoo, der wieder einmal unentschuldig die Sitzung schwänzte, zu 10 Mk. Buße einstimmig verurtheilt. Ohne Diskussion wurde, in die Tagesordnung eingetragene, die Wahl von 7 Vertrauensmännern zum Ausschuss für die Bildung der Schöffen- und Geschworenenliste für das nächste Jahr vollzogen. Dergleichen der Antrag des Jeverländischen Herdabvereins, auf Bewilligung von Mitteln zur Vertheilung von Angelprämiën an einjährige Stiere. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Unterhaltung der Gemeindefischerei-Letzten-Häusen auf die Amtverbandskasse zu übernehmen. An der so glatten Annahme des Antrages dürfte freilich nicht die famose Behauptung des Vertreters von Letzten Schuld sein, welcher meinte, daß der Amtverband durch die Uebernahme der Straße ein werthvolles Geschenk erhalte. Die Feststellung des Voranschlages der Amtverbandskasse für das Rechnungsjahr 1898/99 nahm einen breiten Raum in den Verhandlungen ein, doch wurde nichts daran geändert. Aus den Debatten darüber wollen wir nur bemerken, daß der Abg. Jürgen von Hohenkirchen glaubte, die wesentliche Erhöhung der Ausgaben für das Landarmenwesen darauf zurückzuführen zu müssen, daß manche Gemeinden für die Landarmen höhere Aufwendungen machten, als für ihren Ortarmenverband. Der nächste Punkt der zur Beratung kam, betraf den Bau einer Jollerbarade für das Seepfaffenhaus. Die Kommission für das Seepfaffenhaus hatte beim Amtsvorstand den Antrag gestellt, den Bau nach einem von dem Amtskassirer inspirierten Plane ausführen zu lassen. Der Bau wird mit der Einrichtung pl. m. 60 000 Mk. hohen. Der Plan und die Erbauung wurde vom Amtsvorstand einstimmig dem Amterath empfohlen und der Antrag gestellt, eine Anleihe von 20 000 Mk. aufzunehmen, welcher Betrag noch als fonds perdu zu dem Bau hergegeben werden soll. Die vorhandenen Mittel zum Bau der Jollerbarade setzen sich nun zusammen aus der Summe von 25 000 Mk., die der Amterath im vorigen Jahre für den Ankauf der Jorfen'schen Besitzung bewilligt, der jetzt genehmigten 20 000 Mk. und der Summe von 15 000 Mk., welche der Kaufmann Janßen zu Amherdam, ein Onkel des Amtskassirers, Dr. Minlen, zu diesem Zwecke geschenkt hat. Dieser brave Mann hat außerdem zum Umbau des Seepfaffenhauses, der gegenwärtig vollzogen wird, bereits 11 000 Mk. hergegeben. Es ist diese Summe Janßen, dessen Vertrauen vom Bischofshof Partisch so furchtbar geküßelt worden ist und der also auch das Geld für die Jorfen'sche Besitzung in Oldenburg hergegeben hat. An diese Schenkung für das Jorfen'sche hat der Herr Janßen einige Bedingungen geknüpft, darunter die, daß das Haus nach den Angaben des Amtskassirers gebaut werden muß und daß an der Submision für den Bau sich die Handwerker Jeverlands beteiligen können. Der Amterath entsprochen in namenhafter Zustimmung dem Antrage des Amtsvorstandes und bewilligte die Anleihe von 20 000 Mk. und den Bau des Jollerhauses auf dem Stillsacker nach den von der Bauverwaltung geprüften und von der Baukommission genehmigten Plänen. Der letzte Punkt der Beratung betraf die Wahl von Mitgliedern des Ausschusses der Versicherungsanstalt Oldenburg, der durch die Wiederwahl der alten Mitglieder erledigt wurde.

Jever, 26. Mai. Daß die Feuerwehr nicht immer das geeignete Organ ist, wie der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf meint, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, das zeigte sich am Dinnelfahrtstage hier, an welchem Tage die hiesige freiwillige Feuerwehr und die von Wilhelmshaven auf dem Schützenhofe sich versammelten. Als die Schützenkommission vom Schützenhof nach dem Bahnhofe marschirte, stellte sich heraus, daß einige der Feuerwehrmänner furchtlich angetrunken waren und der Führer des Zuges keine Ordnung halten konnte. Es entspann sich eine kleine Rärelei, wie das nicht anders in Jever sein kann. Es hatten sich am Schützenhofe viele Reugierige eingefunden, die sowohl die Feuerwehrmänner, als auch die Schützen, die dort verammelt waren, angafften und die Straße besetzten. Es schien nun, als ob der Hauptmann der hiesigen Feuerwehr, E. die vielen Zuschauer ärgerten, weil sie sahen, daß einige der Ordnungsgelassenen, wie der Kriegsminister sie sich denkt, ganz bedenklich wankten. Er griff einen ganz unbetheiligten Zuschauer, der sich die Rüsse und Stöße eines betrunkenen Wehrmannes nicht gefallen lassen wollte, thätlich an und warf ihn in einen Graben. Er hat dadurch gezeigt, daß

er wohl ein grober Moch ist, aber nicht im mindesten im Stande ist, mit Menschenmassen umzugehen oder gar seine betrunkenen Kameraden zur Raison zu bringen. Den Befehlsgewaltigen, „Bodelmannen“ zu vernichten, wird diese Ordnungsgelassenen sicher nicht erhalten.

Oldenburg, 27. Mai. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß die Versammlungen des Volksvereins während der Sommermonate nicht am Sonntag, sondern in der Woche stattfinden, und zwar findet die nächste am Donnerstag den 30. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Saiten in der Kurnischstraße statt. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Oldenburg, 27. Mai. Im Gewerbemuseum fanden heute Abend Verhandlungen statt zwischen der „Baughütte“ und der vorigen Woche gewählten Kommission der Bauhandwerker über die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit. Betreten waren 15 Meister und der Gesellen-ausschuss (6 Maurer und 6 Zimmerer). Die von den Arbeitern verlangte Arbeitszeitverlängerung wurde einstimmig genehmigt. Nur über die Festlegung konnte man sich anfanglich nicht einigen. Während die Arbeiter Auftrag hatten und eintraten für Anfang der Arbeit um 6 Uhr früh und Schluß um 6 Uhr Abends (1 1/2 Stunden Mittag und je eine halbe Stunde Frühstück und Vesper), verlangten die Meister die Arbeitszeit zwischen 1/7 Uhr Morgens bis dahin Abends. Nach lebhafter Auseinandersetzung, die für beide Theile belehrend war, und in der alle Argumente in den Vordergrund getreten wurden, beschloß der Gesellen-ausschuss, dem Verlangen der „Baughütte“ nachzugeben. Am Donnerstag wird nun eine öffentliche Bauhandwerker-versammlung stattfinden, um über die Thätigkeit des Ausschusses endgültig zu beschließen. Die Wohlthat der verlängerten Arbeitszeit, um welche die Zimmerer bereits 1890 vergeblich kämpften, erhalten jetzt diese sowohl wie die Maurer und Dachbeder. Zu danken haben sie es aber nur der ausführenden Gewerkschaftsorganisation am Orte, und wir hoffen, daß sie im eigenen Interesse für die Kräftigung derselben nach Möglichkeit sorgen.

Vermischtes.

— Zum Fahrkarten-Schwindel auf der Strecke Hamburg-Frankfurt a. M. Mit der Verfolgung der Sache war seit Monaten der Kriminalkommissar Raempe betraut, der dann mit Hilfe seiner Leute so weit Aufklärung schaffte, daß am letzten Sonnabend die Verhaftung eines in Hamburg wohnenden Schaffners, eines Zahalters und seiner „Dame“ und des Schaffnersmeisters, der die „Umarbeitung“ der Fahrkarten ausführt, erfolgen konnte. Ein in Frankfurt a. M. verhafteter und dort wohnender Schaffner wurde als gänzlich unschuldig wieder entlassen; dagegen blieb ein zweiter, ebenfalls in Frankfurt verhafteter, in Niederad bei Frankfurt wohnender Schaffner Wehede in Haft. Kriminalkommissar Raempe brachte noch nach Frankfurt a. M. und brachte dazwischen liegendes Material gegen Wehede bei, daß die Frankfurter Polizei ihn dem Kommissar Raempe zum Transport nach Hamburg übergab, da hier die Untersuchung in der Sache geführt wird. Die erste Mittheilung davon, daß auf der Strecke Hamburg-Frankfurt a. M. Betrügereien ausgeführt werden, soll der Hamburger Polizei aus England zugegangen sein, von wo aus mitgeteilt wurde, daß auf dieser Strecke falsche Fahrtscheine für Durchgangszüge verkauft würden.

— Eine bössartige Typhusepidemie ist in dem Dorfe Riebergengrab bei Jiegenham ausgebrochen. Der Tod hält eine schreckliche Ernte. Das ganze Dorf ist in Trauer gehüllt, denn ein großer Theil der Einwohner liegt krank darnieder. Schon viele Todesfälle sind vorgekommen. Unter andern ist der Bürgermeister des Dorfes mit seiner Familie und mit den Diensthöten der schrecklichen Seuche zum Opfer gefallen. Der Charakter der Krankheit soll dieses Jahr viel bössartiger als in früheren Jahren sein, in denen auch vereinzelt der Typhus auftrat. Riebergengrab ist ein großes Dorf mit meist neuen Gebäuden und großen geräumigen Wohnungen. Die Ursache der Typhusepidemie ist allem Anschein nach auf schlechtes Trinkwasser zurückzuführen. Es sind bereits amtliche Untersuchungen vorgenommen, auch Proben des Wassers nach Marburg gesandt.

— Aus dem Fenster geküßt. Am Freitag offnete in Paris der vierundzwanzigjährige Maxime Ware in Abwesenheit seiner Mutter das Fenster der vier Treppen hoch gelegenen Wohnung und stürzte sich hinab. Er blieb todt. Dieses Kind war schwächlich und nervös und hatte wiederholt erklärt, es könne das Leben nicht ertragen. Der Fall sieht bisher einig da.

Wulf & Francksen



Ausstellung fert. Betten.

Einschlafige Betten

Nr. 8

aus grün-roth gestreiftem Körper mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 7,—
Unterbett 7,—
2 Kissen 5,—

Mt. 19,—
Zweischläfig Mt. 23,50

Einschlafige Betten

Nr. 10

aus roth-grau gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25
Unterbett 10,25
2 Kissen 7,—

Mt. 27,50
Zweischläfig Mt. 31,—

Einschlafige Betten

Nr. 10b

aus roth-bunt gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50
Unterbett 13,50
2 Kissen 9,—

Mt. 36,—
Zweischläfig Mt. 40,50

Einschlafige Betten

Nr. 11

aus rothem oder roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett 17,50
Unterbett 17,50
2 Kissen 10,—

Mt. 45,—
Zweischläfig Mt. 50,50

Einschlafige Betten

Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunenfüßer, Unterbett aus rothem Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett 22,—
Unterbett 20,50
2 Kissen 12,—

Mt. 54,50
Zweischläfig Mt. 61,—

Zu verkaufen

ein noch neues Einspänner-Gespann mit Stahlüberbeschlag.

H. Auhagen, Sedan.

Gesucht

zu Pfingsten ein gewandter Kellner für mein neues Restaurant.

Carl Jeed, Bant.

Logis für 1 jungen Mann.

Neue Wilhelmsh. Str. 21, p. r.

Logis f. 1 j. Mann Marktstr. 22.

Zu vermieten

zum 1. Juni ein freundl. möblirtes Zimmer an zwei anständige junge Leute.

Neubremen, Peterstraße 1.

M. Kariel,

Größtes Spezial-Geschäft eleganter fertiger Herren- und Knaben-Gehleider, sämtlicher Arbeitszeuge und Herren-Bedarfsartikel Wilhelmshaven, Neue Wilh. Strasse 1.

**Elegante
Jacket- u. Rock-
Anzüge**
von 11—48 Mk.

**Sommer-
Paletots**
in feinsten Modifarben
von 13—33 Mk.

**Einzelne Jackets
von 7—15 Mk.
Hosen** in Cheviot, Buck-
stin u. Kammgarn
von 2,50 Mk. an.

**Knaben-
und Jünglings-Anzüge**
in größter Auswahl,
geschmackvollste Verarbeitung,
von 2,50 Mk. an.

**Anfertigung
nach Maß**
in schnellster Zeit preiswerth
unter Garantie des guten Sitzes.

Verkauf zu unerreicht niedrigen, jedoch streng festen Preisen. Freundliche Bedienung.

Bekanntmachung.

Zum 1. August d. J. wird diesseits ein Bureau-Vehrling gesucht. Bewerber haben sich bis zum 1. Juli d. J. in dem Gemeindebureau zu melden.

Bant, den 28. Mai 1895.
Der Gemeindevorsteher.
Meenß.

Bekanntmachung.

Die betreffenden Militärpflichtigen haben ihre Losungsscheine innerhalb der nächsten 14 Tage im Gemeindebureau während der Dienststunden in Empfang zu nehmen.

Bant, den 28. Mai 1895.
Der Gemeindevorsteher.
Meenß.

Bekanntmachung.

Diejenigen in hiesiger Gemeinde aufhältigen Personen, deren Familien auswärts wohnen, haben eine oberliche Bescheinigung darüber innerhalb der nächsten 14 Tage während der Dienststunden im Gemeindebureau einzureichen, daß sie an dem Wohnort ihrer Familie pro 1895/96 zur staatlichen Einkommensteuer angelegt sind.

Bant, den 28. Mai 1895.
Der Gemeindevorsteher.
Meenß.

Bekanntmachung.

Die zu einer Schankwirtschaft im hiesigen Rathhause bestimmten Räume sollen mit Antritt zum 1. August d. J. auf 5 Jahre verpachtet werden.

Qualifizierte Bewerber wollen ihre diesbezüglichen Offerten unter versiegeltem Verschluss bis zum 15. Juni cr. in dem Gemeindebureau, woselbst die näheren Bedingungen eingesehen werden können, einreichen.

Bant, den 28. Mai 1895.
Der Gemeindevorsteher.
Meenß.

Bekanntmachung.

Zum 1. August d. J. ist im hiesigen Rathhause eine fünfzünigige Oberwohnung zu vermieten. Der Mietpreis beträgt 225 Mark.

Bant, den 28. Mai 1895.
Der Gemeindevorsteher.
Meenß.

Auktion.

Im Auftrage des Herrn G. Müller werde ich am

Wittwoch den 29. d. M.

Nachmittags 2 1/2 Uhr anfangend beim Wirth **Deder** in Kopperhöfen einen braunen Wallach (guten Einspanner), einen achtfüßigen guten Breakwagen, einen Alderwagen, einen vierrädrigen Handwagen, Pferdegeschirr, eine Dezimalwaage mit Gewichten, eine Partie leere Säcke und was sonst sich vorfindet mit dreimonatlicher Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Seppens, 21. Mai 1895.

H. Gerdes,
Auktionator.

Geräucherte Schinken

hier ärztlich untersucht

treffen zum Radfahrerfest ein.

Trichinenfrei!

Trichinenfrei!

Jeder komme und gewinne sich für 10 Pfg. Einsatz einen genießbaren Schinken.

Die Schinken-Verloosungshalle befindet sich in der Nähe der Festhalle.
Der Veranstalter.

Um vor Umzug

mein ganzes Mäntel-Lager zu räumen, stelle sämtliche Damen- und Mädchen-Konfektion in **Ausverkauf.**

Herm. Meyer,
6 Bismarckstr. 6.

Immobil-Verkauf.

Zum öffentlich meistbietenden Verkauf des 3. St. von dem Wirth Br. Reinerts benutzten

Wirthshauses

nebst Tanzsaal, Segelbahnen, Garten etc. zu Sedan

ist zweiter Versteigerungstermin auf **Montag den 10. Juni d. J.**

Nachmittags 4 Uhr in dem zu versteigernden Wirthshaus angelegt.

Das Wirthshaus liegt an der frequentesten Straße hiesiger Gegend und kann deshalb der Ankauf wohl empfohlen werden.

In diesem Termine wird auf das Höchstgebot vorwiegend sofort der Zuschlag erteilt.

Neuende, 27. Mai 1895.

H. Gerdes,
Auktionator.

**Kräftig und reinlichmehende
Chines. Thees
u. gebr. Kaffees**

empfiehlt die
Dragerie zum Rothen Kreuz,
Werftstraße 10.

Billig zu verkaufen:

Eine ff. Ruchbaum-
Plüsch-Garnitur,

bestehend in 1 Divan, 6 Polsterstühlen, Preis nur 125 Mk.

1 Ruchbaum-Vertikow mit Rucheln und Griffen, Preis 58 Mk.

4 Ruchbaum-Ruchel-Rohrstühle à 9 Mk.

4 dito mit Walzen à 7 Mk.

Die Sachen sind vollständig neu.

Näheres **Roonstrasse 86, l.**

**Kravatten
Stoffwäsche**

neu eingetroffen — in großer Auswahl sehr billig.

Schneider-Artikel

zu bekannt billigen Preisen.

G. Bruns, Oldenburg,
Innern Damm 4.

Viktoria-Fahrräder

empfiehlt billig

Aug. Jacobs,
Uhrmacher.

Bürger-Verein Neubremen.

Umstände halber findet die **Monats-Versammlung** nicht am Sonnabend den 1. Juni sondern am 8. Juni statt.

Der Vorstand.

Durch den plötzlichen Absatz ist unser Lager in **weißen Gardinen** fast erschöpft und offeriren wir bis Pfingsten in

creme Gardinen

große Auswahl der neuesten Frühjahrs-Neuheiten zu nochmals herabgesetzten Preisen.

Janssen & Carls

56 Bismarckstr. 56.

Ein einfach möblirtes Zimmer

für einen Herrn, wenn möglich mit voller Pension gesucht.

Zu erfragen bei **Wilh. Soting,** Marktstraße.

**Verloren
ein Notizbuch mit Namen
H. Ruper.**

Gegen gute Belohnung abzugeben
Bant, Kirchstraße 1.

Für eine Wagenfabrik in Oldenburg wird ein tüchtiger, zuverlässiger

Schmied

als Compagnon gesucht.

Derselbe kann sofort eintreten. Offerten unter 100 an die Exped. d. Bl.

Geburts-Anzeige.

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen ergebenst an

Bant, den 27. Mai 1895

G. Müller und Frau,
Bertha geb. Hofang.

Codes-Anzeige.

Deute Nacht 2 Uhr starb nach längerem Kranksein unsere innigstgeliebte Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Marie Tapken

geb. Janßen
im beinahe vollendeten 81. Lebensjahre.

Wilhelmshaven, 28. Mai 1895.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag den 31. Mai, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Ostriftenstr. 8, aus statt.